

DREI FRAGEN

an den Premierminister von Montenegro, **Igor Lukšić**, 34, der diese Woche in Berlin um die Aufnahme seines Landes in die EU wirbt

1 Die Europäische Union durchlebt eine schwere finanzielle und politische Krise. Warum will Ihr Land trotzdem beitreten?

Weil Montenegros Platz auf lange Sicht in der Familie der EU-Nationen ist. Wir wollen den Beitrittsprozess nutzen, um Reformen durchzusetzen, denn wir teilen Werte der EU-Bürger wie Rechtsstaatlichkeit und Freiheit der Presse. Natürlich hoffen die Menschen auch, dass sich ihr Lebensstandard verbessert. Und es geht um eine neue politische Kultur. Wir streben in die EU, weil wir uns von gewissen Pathologien des Balkans lösen wollen.

2 Die EU ist erweiterungsmüde. Warum sollte sie Montenegro auch noch aufnehmen? Ich glaube, dass es in der EU ein großes Interesse daran gibt, den Erweiterungsprozess zum Abschluss zu bringen, indem man den westlichen Balkan aufnimmt. Ich glaube aber, dass für Newcomer heute höhere Standards gelten als in früheren Erweiterungsrunden. Wir akzeptieren das.

3 Ihr Land hat den Ruf, sehr korrupt zu sein, und Sie sind der jüngste Premier der Welt. Ist der Kampf gegen Korruption und Bestechung auch eine Generationsfrage?

Der Transformationsprozess nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Jugoslawien und die Kriege in der Region haben die Korruption befördert. Wir führen einen harten Kampf dagegen und haben gute Erfolge. Es kann schon sein, dass es vor allem die Jüngeren sind, die diesen alten Politikstil nicht mehr wollen. Umfragen zufolge sind nur noch 12 Prozent der Bevölkerung bereit, Bestechungsgelder an Beamte zu zahlen. Früher waren es 18 Prozent. Wir hoffen, weiter voranzukommen.



MIGUEL A. LOPES / DPA

Coelho



Sócrates

PORTUGAL

Coelhos Machtspiel

Lissabon wird hart sparen müssen, um seine Finanzen zu sanieren – egal, welche Partei die Regierung stellt. Das haben Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker und Bundeskanzlerin Angela Merkel dem portugiesischen Oppositionsführer Pedro Passos Coelho vorigen Donnerstag klargemacht. Der hatte am Tag zuvor den sozialistischen Ministerpräsidenten José Sócrates zum Rücktritt gezwungen, indem er, zusammen mit den Kommunisten und den Rechten, das mit der EU abgesprochene Sparpaket im Parlament zu Fall brachte. Coelho,

seit einem Jahr Parteichef der konservativen Sozialdemokraten, sah so eine Chance, Neuwahlen zu erzwingen und selbst an die Macht zu kommen. Die politischen Folgen könnten nicht nur Portugal, sondern erneut die ganze Euro-Zone in eine Krise stürzen. Vor allem Spanien, dessen Banken und Sparkassen im Nachbarland stark engagiert sind, fürchtet angesteckt zu werden. Premier Sócrates hatte sich bislang dagegen gestraubt, seine europäischen Partner um Rettung zu bitten. Doch bis zur Neuwahl, frühestens Ende Mai, muss das Land fast zehn

POLEN

Ermüdende Tragödie

Zum ersten Jahrestag des Flugzeugunglücks von Smolensk am 10. April sind allein in Warschau vier große öffentliche Gedenk-Kundgebungen geplant. Doch wird es auch Gegenveranstaltungen geben. Oppositionsführer Jaroslaw Kaczyński hatte zuletzt jeweils am 10. jedes Monats für seinen beim Absturz ums Leben gekommenen Bruder Lech Blumen vor dem Präsidentenpalast abgelegt. Mehrfach waren zur gleichen Zeit einige hundert Kaczyński-Gegner auf die Straße gegangen und hatten etwa am 10. März demonstrativ den Geburtstag des US-amerikanischen Trash-Stars Chuck Norris gefeiert. Sie unterstel-

ten Kaczyński, die Tragödie politisch für sich auszunutzen. Am 10. April wollen sie nun den Geburtstag des amerikanischen Action-Schauspielers Steven Seagal bege-



SERGEI KARPUKHIN / REUTERS

Wrack der Präsidentenmaschine



FRANCISCO SECO / AP

SIMBABWE

Teurer Greis

Die Gesundheit des despotischen Präsidenten Robert Mugabe kommt sein Volk teuer zu stehen. Für jede seiner Reisen nach Singapur, wo der 87-Jährige sich zuletzt angeblich die Augen untersuchen ließ, musste Finanzminister Tendai Biti drei Millionen Dollar auslegen. Damit hat Mugabe innerhalb von drei Monaten bereits die Hälfte des Reiseetats der Regierung für 2011 verbraucht. Dieser beläuft sich auf 25 Millionen Dollar – mehr als die Regierung für die Gesundheitsvorsorge aller Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst ausgibt. Die höheren Beamten haben Order, alle nicht dringend notwendigen Auslandsreisen zu streichen. Für Mugabe gilt die Vorgabe jedoch nicht. Beim letzten Trip zur Uno nach New York begleitete ihn eine Entourage von 80 Bediensteten und Freunden. Wegen einer anderen Geldfrage liegt Finanzminister Biti im Streit mit Mugabes Staatspartei. Biti

pocht darauf, dass seinem Ministerium noch 174 Millionen Dollar aus Diamantengeschäften zustehen. Die Edelsteine sind verkauft, der Erlös verschwunden. In Simbabwe regiert seit zwei Jahren eine große Koalition aus Präsidenten-Partei und der ehemals oppositionellen Bewegung für Demokratie (MDC). Sie stellt den Premierminister Morgan Tsvangirai, ihr gehört auch Biti an. Doch lässt Mugabe die MDC-Leute schikanieren, wo er kann. Unlängst ließ er beispielsweise den Energieminister willkürlich wegen „Amtsmissbrauchs“ verhaften. Tsvangirai erwog daraufhin öffentlich, die Koalition zu kündigen.



AARON UFUMELI / DPA

Mugabe

Milliarden Euro Schulden abzahlen, dazu knapp drei Milliarden an Zinsen. So könnte Coelho's Machtspiel das Land unter den Rettungsschirm zwingen. Der beteuert nun, er halte an der mit Brüssel vereinbarten Senkung des Haushaltsdefizits fest. Doch wolle er dieses Ziel nicht, wie die Regierung, mit dem Einfrieren der Renten und Kürzungen im Gesundheitswesen, bei Bildung und Verwaltung erreichen, sondern mit einer Mehrwertsteuererhöhung. Seine Hoffnung könnte dennoch trügerisch sein: Die wahlmüden Portugiesen – im Januar waren nur 46,5 Prozent zur Präsidentschaftswahl gegangen – könnten dem gewandten Redner Sócrates erneut den Vorzug geben. Doch: Wer immer gewinnt, er wird ihnen Opfer abverlangen.

NICARAGUA

Der Ewige

Mit allen Mitteln versucht Daniel Ortega, 65, seine Wiederwahl zum Präsidenten durchzuboxen. In bester sozialistischer Tradition hat sich der Altrevolutionär unlängst einstimmig zum alleinigen Kandidaten der Sandinisten bei den Präsidentschaftswahlen im November ausrufen lassen. Es ist das sechste Mal seit der sandinistischen

Revolution 1979, dass der Staatschef Anlauf aufs Präsidentenamt nimmt; zweimal, 1985 und 2006, wurde er gewählt. Vorvergangene Woche schrieb er erneut seine Kandidatur bei der Wahlbehörde ein, obwohl die Verfassung eine Wiederwahl ausdrücklich verbietet. Dass von den staatlichen Institutionen kein Widerstand zu erwarten ist, dafür hat Ortega gesorgt: Der Oberste Gerichtshof, den er kontrolliert, hatte das Kandidatur-Verbot für Amtsinhaber bereits aufgeweicht.

Auch die Wahlbehörde ist dem Caudillo untertan. Als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten präsentierte Ortega seinen Revolutionsgefährten Omar Hallelesven. Er werde „bis zum letzten Tropfen Blut“ kämpfen, versprach der Ex-General. Das war eine Drohung an die Opposition: Sie fürchtet, dass Ortega seine Gefolgsleute zu Gewalt aufruft, wenn er seinen Sieg in Gefahr sieht. Auch bei den Kommunalwahlen vor gut zwei Jahren war es zu Unruhen gekommen, die Sandinisten hatten ihre Mehrheit durch Wahlbetrug gesichert.

hen, kündigte der Organisator der Proteste, Dominik Taras, an. Er hatte schon im August Demonstrationen gegen ein vor dem Präsidentenpalast errichtetes Kreuz angeführt. Viele Polen sind der politischen Instrumentalisierung des Unglücks überdrüssig. Nahe der russischen Stadt waren vor einem Jahr der Präsident, seine Frau und 94 hohe Politiker, Militärs und Geistliche gestorben. Mehr als 100 000 Menschen unterstützten im Internet einen Aufruf, der einen „Tag ohne Smolensk“ in den Medien forderte. 58 Prozent sprachen sich in Umfragen gegen ein Denkmal für den verstorbenen Lech Kaczyński in Warschau aus. Auch Adam Malysz, Skispringer und Nationalheld, ist genervt: Das Thema würde doch längst „alle nur noch ermüden“, sagte er.



ESTEBAN FELIX / AP

Jubelnde Ortega-Anhänger